

DEUTSCHLAND

Bisky ist Spitzenkandidat, André Brie scheidet

ESSEN. Die Linke zieht mit ihrem Vorsitzenden Lothar Bisky als Spitzenkandidat in die Europawahl. Bisky erhielt beim Bundeskongress 93,4 Prozent der Stimmen. Die bekannten Politiker André Brie und Sylvia Yvonne Kaufmann scheiterten hingegen. Die Linke fordert eine europäische Wirtschaftsregierung. dpa

CDU-Politiker verhaftet

NECKARSULM. In der Wohnung eines baden-württembergischen Kommunalpolitikers sind laut Polizei 80 Gramm verkaufsfertig verpacktes Heroingemisch gefunden worden. Der 40-Jährige wurde am Wochenende festgenommen und hat laut seiner Anwältin inzwischen auf alle politischen Ämter verzichtet. „Das hat uns kalt erwischt. Ich bin fassungslos“, sagte der Generalsekretär der Landes-CDU, Thomas Strobl.

Schäfer-Gümbel gewählt



DARMSTADT. Thorsten Schäfer-Gümbel ist der neue starke Mann der hessischen SPD. Sechs Wochen nach der schweren Niederlage der Sozialdemokraten bei der Landtagswahl erhielt er bei der Wahl des Landesvorsitzenden 90,3 Prozent der Stimmen. Der 39-jährige Fraktionsvorsitzende im Landtag löste Andrea Ypsilanti ab, die sich unter Tränen verabschiedete. Foto: dpa

EUROPA

Haider's Nachfolger triumphieren

KLAGENFURT. Die Partei des im Oktober tödlich verunglückten Rechtspopulisten Jörg Haider hat bei der Landtagswahl im österreichischen Bundesland Kärnten einen triumphalen Sieg errungen. Das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) kam auf 45,5 Prozent. Die sozialdemokratische SPÖ erlebte mit 28,6 Prozent der Stimmen ein Debakel. dpa

WELT

Somalias Präsident führt islamisches Recht ein

MOGADISCHU. Einen Monat nach seiner Wahl hat der somalische Präsident Sharif Sheikh Ahmed das islamische Recht Scharia eingeführt. Er werde auf der Grundlage der Scharia regieren, sagte er. Der gemäßigte Islamistenführer hofft nach Auseinandersetzungen mit Stammesmilizen, dass sich die Lage so entspannt. Nun soll es eine Feuerpause geben.

Iran beantragt Haftbefehle

TEHERAN. Wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen im Gazastreifen hat Iran bei Interpol Haftbefehle gegen 34 führende Politiker und 114 Offiziere Israels beantragt. An der Spitze der Liste stehen der scheidende Regierungschef Ehud Olmert, Außenministerin Zippi Livni und Verteidigungsminister Ehud Barak. dpa

Viele zivile Opfer

KABUL. Die Nato- und Isaf-Truppen töteten seit Jahresbeginn in Afghanistan mehr Zivilisten als die radikal-islamischen Taliban. Das berichtete gestern „tagesschau.de“. US- und Nato-Soldaten töteten demnach laut einer Zählung 100 unbeteiligte Zivilisten, die Taliban etwa 60.

Redaktion: Uwe Hildebrandt

Thema des Tages Vertriebene

Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat seine Präsidentin Erika Steinbach für den Stiftungsbeirat des in Berlin geplanten Vertriebenenzentrums nominiert. Polens Ministerpräsident Donald Tusk will das verhindern.

Steinbach verbittet sich Einmischung

Vertriebenen-Präsidentin: Polen muss sich raushalten – Lammert stärkt Steinbach den Rücken

BERLIN. Im Streit um das geplante Vertriebenen-Zentrum und seinen Stiftungsrat hat sich der Bund der Vertriebenen gegenseitigen Druck von polnischer Seite verbeten. „Es gibt kein Recht für die polnische Seite, Einfluss auf die Besetzung des Stiftungsrates zu nehmen“, sagte die in Polen auf vehemente Ablehnung stoßende Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach der „Bild am Sonntag“.

Allein ihr Bund könne seine drei Vertreter in dem Gremium benennen. „Das muss der polnische Ministerpräsident Tusk einfach respektieren.“ Dennoch beharrt Steinbach nicht auf einen Posten im Stiftungsrat. „Ich werde diese Frage noch einmal mit dem Präsidium erörtern“, sagte sie dem Nachrichtenmagazin Spiegel.

Polens Ministerpräsident Donald Tusk betonte im „Spiegel“, die „Causa Steinbach“ sei „ein deutsches Dilemma“. In Polen spiele das „Problem Vertreibung keine große Rolle“. Dennoch seien die Polen „sehr empfindlich, wenn es um die Verteidigung der Wahrheit geht“.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) verteidigt Erika Steinbach gegen Kritik aus Polen. In einem Gespräch mit dem polnischen Parlamentspräsidenten Bronislaw Komorowski habe er davor gewarnt, durch öffentlichen Druck auf die deutsche Vertriebenen-Präsidentin



Eine Frau präsentiert beim Schlesiertreffen in Nürnberg ein Schild mit dem Namen ihres Heimatorts. Archivfoto: dpa

deren möglichen Verzicht auf einen Platz im Stiftungsrat für das geplante Vertriebenenzentrum zu erschweren, sagt Lammert in der heute erscheinenden „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Er traue Steinbach die Souveränität zu, einer Lösung nicht im Weg zu

„In dieser Frage sind wir obsessiv und werden es immer bleiben“

Polens Premier Donald Tusk

stehen. „Die Dämonisierung von Frau Steinbach in der polnischen Öffentlichkeit, an der sich leider auch viele prominente polnische wie

deutsche Politiker beteiligt haben, ist grob unfair“, sagte Lammert. Ihr Einsatz gegen Fundamentalismus innerhalb ihres Verbandes werde auf diese wirklich schwer erträgliche Weise pervertiert.

Die frühere Deutschland-Beauftragte des polnischen Außenministeriums, Irena Lipowicz, erklärte hingegen, es gehe nicht darum, dass Steinbach 1990 gegen die Anerkennung der polnischen Grenze gestimmt habe: „Sie hat aber gesagt, Vertreibung ist die schlimmste Sache des 20. Jahrhunderts.“ Für die meisten Polen und Deutschen seien aber der Zweite Weltkrieg und der Holocaust die größten Ka-

tastrophen. Steinbach sei eine Person, die die ganze deutsch-polnische Geschichte anders sieht.

Unionspolitiker fordern derweil mehr Unterstützung für die Vertriebenen-Präsidentin und setzen laut „Spiegel“ auch Merkel unter Druck. „Man muss Frau Steinbach zur Seite stehen, niemand kann ihr vorwerfen, revanchistische Positionen zu vertreten“, sagte Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU).

Auch der Bundesverband der Sudetendeutschen unterstützt Steinbach: Sie sei im Stiftungsrat der Gedenkstätte unentbehrlich.

dpa/epd

Fromme: Erika Steinbach hat Versöhnungspolitik gemacht

Debatte um das Zentrum gegen Vertreibung: Mit dem CDU-Abgeordneten Jochen-Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel), der Vertriebenenbeauftragter der Unionsfraktion ist, sprach Christian Kerl.



Jochen-Konrad Fromme (CDU).

Herr Fromme, der Streit um das Berliner Zentrum gegen Vertreibung spitzt sich zu. Können Sie die polnischen Einwände verstehen?

Das Stiftungsvorhaben hat die polnische Regierung doch schon akzeptiert. Dass sie jetzt dahinter zurückgeht, kann ich nicht nachvollziehen. Es kann nicht sein, dass Polen bestimmt, wie wir unsere Geschichte bewältigen.

Wir haben in der Koalition beschlossen, das Thema Vertreibung in einem europäischen Zusammenhang darzustellen, als Beitrag zur

Aufarbeitung der deutschen Geschichte. Deutschland war Täter – aber bei der Vertreibung auch Opfer.

Polen fordert aber wie SPD-Präsidentschaftskandidatin Schwan, dass im Stiftungsrat nicht die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen sitzt. Ist Frau Steinbach noch vermittelbar?

Die CDU akzeptiert das Vorschlagsrecht des Bundes der Vertriebenen. Wenn er Frau Steinbach

offiziell benennt, werden wir das mittragen. Sie hat Versöhnungspolitik gemacht, es spricht nichts gegen sie. Frau Schwan sucht zweifelt jeden Strohalm, sich bundespolitisch ins Gespräch zu bringen. Da ihr die Geschichtsbetrachtung der polnischen Seite offenbar besser gefällt, kommt ihr die Debatte gelegen, um sich in Szene zu setzen.

Aber ich kann nicht verstehen, dass Außenminister Steinmeier sich das bieten lässt – Frau Schwan ist Polenbeauftragte der Regierung, untersteht seiner Dienstaufsicht. Er müsste sie zurückpfeifen. Die Polenbeauftragte muss sich in die Regierungspolitik einfügen.

Was sollte jetzt passieren? Bislang hat die Kanzlerin mit einer Entscheidung gezögert.

Frau Merkel muss sich mit dem BdV auf einen Vorschlag verständigen oder das Verfahren in Gang setzen, damit die Vorschläge der Verbände auf den Tisch kommen. Die SPD muss Farbe bekennen. Sie hat Gesetz und Konzept mitgeschlossen und damit akzeptiert, dass es im Stiftungsrat ein Entsenderecht für Verbände gibt.

Jetzt kommt die Nagelprobe auf die Glaubwürdigkeit der SPD. Sie wird am Ende Frau Steinbach kaum ablehnen können. Aber sie will sich vor der Entscheidung drücken und Druck aufbauen, um Frau Steinbach zur Aufgabe zu bewegen oder die Kanzlerin zu einer Reaktion zu drängen. Das ist nicht in Ordnung. Die Frage muss rasch entschieden werden. Sie darf nicht hinausgeschoben werden, auch nicht auf die Zeit nach der Bundestagswahl.

Deutsche Justiz will Williamsons Auslieferung

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries räumt einem EU-Haftbefehl gegen den Holocaust-Leugner Chancen ein

MAINZ. Der britische Holocaust-Leugner Richard Williamson will sich mit allen Mitteln gegen eine mögliche Auslieferung nach Deutschland wehren.

Während die deutsche Justiz dem umstrittenen Pius-Bruder auf den Fersen ist, meldete sich am Wochenende erstmals dessen Anwalt zu Wort. Der Bischof würde bis in die letzte Instanz gegen eine Auslieferung kämpfen, sagte Kevin Lowry-Mullins der britischen „Sunday Telegraph“.

Um eine Auslieferung von England nach Deutschland zu verhindern, werde Williamson bis zum House of Lords und darüber hinaus gehen, erklärte sein Anwalt.

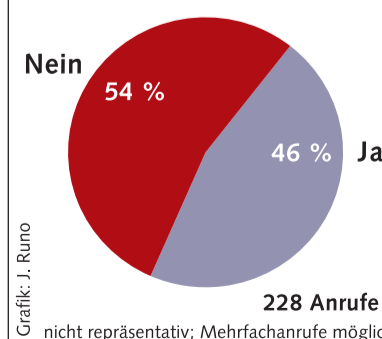
In Großbritannien ist das Leugnen des Holocaustes anders als in Deutschland nicht strafbar. Nach Einschätzung von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries ist ein deutscher EU-Haftbefehl gegen Williamson möglich, der am Mittwoch aus Argentinien in seine Heimat zurückgekehrt war. Derzeit ermittelt die Regensburger Staatsanwaltschaft gegen Williamson wegen eines Interviews, in dem er die Massenvernichtung von Millionen Juden durch die Nazis leugnete.

Im Streit um die erzkonservative Pius-Bruderschaft hat Kardinal Karl Lehmann den Papst verteidigt. Mit der Aufhebung der Exkommunikation von vier Bischöfen der Bruder-

schaft, darunter Williamson, habe der Papst seinen Mut gezeigt und einen Schritt des äußersten Entgegenkommens gewagt, erklärte der Mainzer Bischof in einem Hirtenbrief. „Es ist ein Schritt, der sehr verletzlich macht, wenn die Angesprochenen eine solche extreme Geste nicht annehmen“, betonte er.

„Hier kann ich in manchen Worten und im Verhalten der sogenannten Pius-Brüder nur eine Beleidigung und höhnische Zurückweisung dieser Einladung des Papstes sehen“, so Lehmann. Der katholische Theologe Hans Küng warf Papst Benedikt XVI. hingegen vor, unter ihm drohe die katholische Kirche zu einer Sekte zu werden. dpa

Leser-Umfrage
Darf ein Holocaust-Leugner in der Kirche sein?



Die meisten meinen, Holocaust-Leugner gehören nicht in die Kirche. dpa